

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18463

"Unterstützung zur Bildung einer Transfergesellschaft für die Beschäftigten von Air Berlin"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/18463 vom 11.10.2017
2. Beschluss des Plenums 17/18523 vom 12.10.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 112 vom 12.10.2017



## **Dringlichkeitsantrag**

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Kathi Petersen, Susann Biedefeld und Fraktion (SPD)**

### **Unterstützung zur Bildung einer Transfergesellschaft für die Beschäftigten von Air Berlin**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Unterstützung zu leisten, um den Übergang jener Beschäftigten, die nicht sofort einen anderen neuen Arbeitsplatz finden, in eine Transfergesellschaft zu ermöglichen.

Die Gründung dieser Transfergesellschaft ist angesichts der zu erwartenden Aufteilung der Fluggesellschaft Air Berlin an mehrere Bieter für den Standort in München von besonderer Bedeutung.

#### **Begründung:**

Allein der Standort Air Berlin Technik in München hat rund 250 Beschäftigte. Hierbei handelt es sich um hochqualifizierte Arbeitnehmer für Luftfahrzeug-Instandhaltungsdienstleistungen sowie Dienstleistungen für verschiedene Kabinenmodifikationen.

Der Standort München gehört neben Düsseldorf und Berlin zu den wichtigsten deutschen Standorten der insolventen Fluggesellschaft Air Berlin.

Wir teilen die Sorge der Arbeitnehmer und der Betriebsräte, „dass im Zuge einer Aufspaltung des Air Berlin Konzerns einseitig Wirtschaftsinteressen verfolgt und unterstützt werden. Die soziale Schutzwürdigkeit der betroffenen Mitarbeiter sowie der Erhalt

und Transfer von bestehenden Arbeitsplätzen unter Beachtung der gesetzlichen und tariflichen Regeln findet hingegen offenbar keine Beachtung.“

Nicht nur für die rund 250 hochqualifizierten Arbeitsplätze in München ist deshalb eine politische Initiative notwendig, sich für die bestehenden Arbeitsplätze sowie die bestehenden Arbeitsbedingungen am Standort München einzusetzen.

Genau so wie sich die Politik bisher immer für die Lufthansa als größte deutsche Fluggesellschaft eingesetzt hat, ist es neben dem unverzichtbaren Überbrückungskredit der Bundesregierung notwendig, vor allem die Arbeitsplätze in der Technik, die im deutschen und internationalen Markt mehr als wettbewerbsfähig sind, zu erhalten.

Die Errichtung einer Transfergesellschaft muss durch Dritte unterstützt werden, da im Zuge des Insolvenzverfahrens keine eigenen Mittel zur Verfügung stehen werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Verlangen der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der Geschäftsführung von Air Berlin zur Bildung einer Transfergesellschaft für die betroffenen Beschäftigten zuzustimmen.

Mit dem arbeitsmarktpolitischen Instrument der Transfergesellschaft kann es gelingen, die betreuten Beschäftigten so schnell wie möglich wieder in neue Beschäftigungsverhältnisse zu vermitteln. Für die von der Kündigung betroffenen Mitarbeiter können sich z. B. folgende Vorteile bieten: Vermeidung bzw. zeitliche Verschiebung der Arbeitslosigkeit und Bezug von Transferkurzarbeitergeld für max. 12 Monate, professionelle Betreuung in der beruflichen Neuorientierung und Bewerbungen aus einem Beschäftigungsverhältnis heraus.

Mit der Bildung einer Transfergesellschaft kann die Lage der Beschäftigten neben den Gesprächen der Tarifpartner über einen Sozialplan und dem Start einer Jobbörse verbessert werden.



## **Beschluss des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Kathi Petersen, Susann Biedefeld und Fraktion (SPD)**

Drs. 17/18463

**Unterstützung zur Bildung einer Transfergesellschaft für die Beschäftigten von Air Berlin**

**Ablehnung**

Die Präsidentin

I.V.

**Inge Aures**

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Bernhard Roos

Abg. Dr. Hans Reichhart

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Thomas Mütze

Staatsministerin Emilia Müller

**Präsidentin Barbara Stamm:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

**Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge**

Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl,**

**Natascha Kohnen u. a. und Fraktion (SPD)**

**Unterstützung zur Bildung einer Transfergesellschaft für die Beschäftigten von  
Air Berlin (Drs. 17/18463)**

Ich eröffne die Aussprache und darf für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Roos das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

**Bernhard Roos (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Werte Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich der Aufforderung und der Hoffnung der Präsidentin – –

(Zurufe: Kein Saft! Kein Ton!)

– Mehr Saft? – Jetzt!

Hohes Haus! Werte Präsidentin, ich schließe mich Ihrer Aufforderung an. Es wäre wünschenswert, dass sich die Reihen noch etwas schließen. Gerade angesichts der Bedeutung dieses – –

(Allgemeine Heiterkeit)

– Zu laut? Zu leise?

**Präsidentin Barbara Stamm:** Nein.

(Horst Arnold (SPD): Pharisäerhafte Bemerkung!)

**Bernhard Roos (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Man kann nicht laut genug sein, um die Not der Menschen draußen, der bei Air Berlin Beschäftigten zu formulie-

ren und zu transportieren; denn 8.000 Beschäftigte – jetziger Stand – bei Air Berlin fürchten um ihre Zukunft. Am 15. Oktober wird Air Berlin die Langstreckenflüge einstellen. Spätestens am 28. Oktober werden die 150 Millionen Euro Übergangskredit des Bundes zur Stützung des Flugbetriebs aufgebraucht sein. Insofern ist es zumindest eine teilweise gute Nachricht, dass im Insolvenzverfahren die Deutsche Lufthansa als Marktführer heute angekündigt hat, 81 Flugzeuge und 3.000 Beschäftigte – eigentlich sollte man die Reihenfolge dieser Zahlen umdrehen – zu übernehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das verschiebt die Marktgewichte noch mehr. Es ist das Ergebnis wochenlanger Verhandlungen zwischen Lufthansa und Air Berlin. Ich füge hinzu: Was noch läuft, sind Verhandlungen zwischen Air Berlin und EasyJet, einer britischen Luftverkehrsgesellschaft, die weitere Flugzeuge und Beschäftigte übernehmen soll.

Dass die Lufthansa zwar 81 Flugzeuge – das ist weit mehr als die Hälfte des Flugzeugbestandes –, aber lediglich 3.000 Beschäftigte übernimmt, macht es schwierig, diese Ankündigung volumnäßig zu begrüßen. Es verbleibt eine große Lücke, die wir zu schließen haben. Wir, die Politiker im Bund und im Land, müssen schauen, dass die Beschäftigten nicht unter die Räder – bzw. unter die Flügel, um im Bild zu bleiben – kommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das, was notwendig ist, haben die Betriebsräte des Standorts München der Air Berlin Technik, die für etwa 250 Kolleginnen und Kollegen, hoch qualifizierte Techniker und Mitarbeiter im Bereich Instandhaltung, sprechen, in einem offenen Brief an Horst Seehofer formuliert. Wie es selten der Fall ist: Sie wollen eine Transfergesellschaft für diejenigen, die überbleiben, die zumindest zeitweise durch den Rost fallen werden. Auch die Geschäftsführung von Air Berlin will das. Bis-her gibt es allerdings kein Zeichen, weder von der Bundesregierung noch von den be-troffenen Landesregierungen, die ebenfalls gefragt sind, geschweige von den Kommu-nen. Das muss sich ändern! Die Kolleginnen und Kollegen haben Anspruch auf eine

Transfergesellschaft, damit ihr Weg in eine neue Beschäftigung geebnet, zumindest geglättet wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir, die SPD-Fraktion, teilen die Sorge der Beschäftigten, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Gewerkschaft Ver.di und der Betriebsräte, dass im Zuge einer Aufspaltung des Air-Berlin-Konzerns einseitig Wirtschaftsinteressen verfolgt und unterstützt werden und die soziale Schutzwürdigkeit der betroffenen Mitarbeiter nicht die Rolle spielt, die sie spielen sollte.

Thematisiert werden momentan vor allem folgende Fragen: Was passiert mit den Passagieren, die irgendwo stranden? Übernimmt Lufthansa die bestehenden Linien? Werden sie umgewandelt? Das betrifft zum Beispiel die Linie München – Köln. Oder: Was passiert mit den Fernlinien, zum Beispiel Berlin – New York? Diese Linie wird Lufthansa wohl übernehmen.

Diese Detailtreue ist bezogen auf die Beschäftigten leider noch Mangelware. Deshalb ist es unbedingt notwendig, dass wir uns hier für die Arbeitsplätze und auch für entsprechende Arbeitsbedingungen einsetzen. Betriebsräte können über einen Sozialplan verhandeln. Aber wenn ihnen der Arbeitgeber abhandenkommt, dann muss erst einmal jemand Neues die Mitarbeiter einstellen.

Ich füge hinzu: Ein Instrument wie ein Übernahmetarifvertrag, den für den Standort München die Kollegen von Ver.di aushandeln müssten, ist die Aufforderung für den Augenblick.

Die sogenannten Remanenzkosten, die im Laufe eines Insolvenzverfahrens anfallen, werden üblicherweise vom alten Arbeitgeber getragen. Der Insolvenzverwalter kann entsprechende Mittel jedoch nicht einsetzen, da sie wohl nicht mehr vorhanden sind.

Wie gesagt: Die genannten 150 Millionen Euro des Bundes werden spätestens am 28. Oktober ausgeschöpft sein. Wir brauchen deshalb Mittel von den Arbeitsagenturen

und dem übernehmenden Unternehmen, sprich von der Lufthansa. Sollte der Deal mit EasyJet zustande kommen, brauchen wir auch Mittel von dieser Gesellschaft. Schließlich wurde Steuergeld in Höhe von 150 Millionen Euro aufgewendet. Wir brauchen diese Mittel aufgrund der Remanenzkosten, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine langfristige Perspektive zumindest für ein Jahr zu geben, damit sie in neue Arbeitsplätze kommen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Wettbewerb wird schärfer. Das wird nicht dazu führen, dass das Fliegen teurer wird, obwohl ich als verkehrspolitischer Sprecher sagen muss, dass es unter ökologischen Gesichtspunkten viel zu billig ist. Andere werden einspringen. Die Insolvenz der Gesellschaft Monarch Airlines aus Großbritannien hat Hunderttausende betroffen, die aus ihren Urlaubsdomizilen zurückgeflogen werden müssen. Ebenso wird es den Kunden von Air Berlin gehen. Die Lufthansa wird innerhalb Deutschlands mit Maschinen der Typen A 350 und A 380 fliegen, um diese Passagiere sicher nach Hause zu bringen.

Der primäre Ansatz der SPD-Fraktion ist es aber, die Beschäftigten in einen neuen und sicheren Lufthafen zu bringen. Sie sollen nicht auf den Sand bauen müssen, den ihnen andere seit Längerem in die Augen gestreut haben. Die Situation bei Air Berlin war nämlich schon lange als prekär bekannt. Die Lufthansa freut sich auf ihre neue Rolle als Marktführer in Berlin. Das gönne ich ihr. Dem stolzen Kranich Lufthansa als Marktführer steht es am besten an, Marktführer in der sozialen Kompetenz zu sein. Sie soll ideale Bedingungen für die Menschen in München, in Berlin, in Köln und anderswo schaffen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Danke schön. – Für die CSU-Fraktion erteile ich jetzt Herrn Kollegen Dr. Reichhart das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Dr. Hans Reichhart (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich Herrn Kollegen

Roos zustimmen, dass wir alle von der Insolvenz der Air Berlin überrascht wurden. Niemand hat damit gerechnet, dass diese Insolvenz so schnell kommen wird. Diese Insolvenz hat Deutschland mit Wucht getroffen. Eines möchte ich aber sagen: Durch die Insolvenz der Air Berlin hat sich gezeigt, wie gut das Zusammenspiel zwischen der CSU in Person von Alexander Dobrindt und der SPD in Person von Brigitte Zypries funktioniert hat. Sofort wurde eine Regelung auf die Füße gestellt, mit der die Fortführung des Betriebs der Air Berlin gewährleistet wurde.

Dies war der erste und auch der wesentliche Schritt, um Arbeitsplätze überhaupt retten zu können. Damit konnte der Flugbetrieb fortgeführt und ein totales Chaos an den Flughäfen verhindert werden. Diesen Erfolg können sich diese beiden großen Parteien hier im Bayerischen Landtag zugutehalten. Wir haben einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass Arbeitsplätze gerettet werden können und eine Fortsetzung des Flugbetriebs ermöglicht wurde.

Herr Kollege Roos, Sie haben darauf hingewiesen, dass wir alle derzeit keine Ahnung haben, wie es weitergehen wird. Da möchte ich Ihnen ausdrücklich recht geben. Wir wissen nicht, was in den Verträgen steht, wie viele Mitarbeiter übernommen werden und was sonst noch alles passieren wird. Wir wissen nur, dass heute um 12.00 Uhr wohl ein Vertrag zwischen dem Insolvenzverwalter und der Deutschen Lufthansa vor dem Notar unterzeichnet wurde. Ob der Vertrag verlesen wurde und was in diesem Vertrag steht, wissen wir nicht. Ich denke, das gilt für alle Kolleginnen und Kollegen in diesem Hohen Haus.

Wir wissen auch nicht, ob und wie viele Arbeitnehmer in Bayern betroffen sein werden. Wir wissen nicht, welche Qualifikation die betroffenen Mitarbeiter haben. Sehen Sie es mir bitte nach: Angesichts der Arbeitsmarktsituation am Standort Freising mache ich mir um die hoch qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weniger Sorgen; denn diese werden im Gesamtgeflecht des Flughafens München unterkommen und eine Beschäftigung finden.

Wir wissen auch nicht, welcher Teil des prognostizierten Milliardenbetrages, der in der Presse als Verkaufserlös genannt wird, überhaupt in das Vermögen der Air Berlin überführt werden wird. Entscheidend ist aber, dass wir nicht wissen, ob es eine Einigung zwischen der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat gibt, eine Transfergesellschaft zu gründen. Das ist auch der Knackpunkt Ihres Dringlichkeitsantrags. Ohne eine solche Einigung und den Willen der Beteiligten, eine Transfergesellschaft zu gründen, können wir nichts machen. Diese beiden Beteiligten müssen zusammenstehen und sagen: Wir wollen eine Transfergesellschaft.

Lieber Herr Kollege Roos, ich finde Ihren Dringlichkeitsantrag ehrenwert. Auf dieser Tatsachengrundlage können wir diesem Antrag aber nicht zustimmen. Sie stochern mit diesem Dringlichkeitsantrag komplett im Nebel. Wir haben keine Basis, auf der wir entscheiden könnten. Wir haben in Bayern Kriterien festgelegt, die erfüllt sein müssen, damit sich der Freistaat an Transfergesellschaften beteiligt. Eines dieser Kriterien lautet, dass hinter einer solchen Gesellschaft eine gewisse Strukturpolitik stehen muss. Das ist derzeit überhaupt nicht erkennbar. Deshalb wird die CSU-Fraktion diesen Dringlichkeitsantrag ablehnen. Das hat nichts damit zu tun, dass wir nicht auf der Seite der Beschäftigten stünden. Ich bitte Sie deshalb um Verständnis dafür, dass wir diesen Antrag ablehnen werden. Wir werden aber weiterhin, wie auch Alexander Dobrindt, auf der Seite der Beschäftigten stehen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. Herr Kollege Dr. Reichhart, kommen Sie bitte zurück zum Rednerpult. Herr Kollege Roos möchte eine Zwischenbemerkung machen.

**Bernhard Roos (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Herr Kollege Dr. Reichhart, ich bin enttäuscht, weil Sie zum einen auf unsere gemeinsamen Großstufen verwiesen haben, zum anderen aber diesen Dringlichkeitsantrag ablehnen. Mit Datum 20. September haben die Geschäftsführung von Air Berlin, die Gewerkschaft Ver.di

sowie der Gesamtbetriebsrat die gemeinsame Willensbekundung abgegeben, eine Transfergesellschaft zu gründen. In den Vorgesprächen wurde bereits festgestellt, dass nicht die erforderliche Zahl an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern übernommen werden und eine Beschäftigung finden kann. Das ist ein eindeutiges Votum von beiden Seiten, das von den Landesregierungen unterstützt wird.

Ich denke, wir sollten dieses Votum nicht gering schätzen. Sie können jetzt nicht sagen, wir hätten keine Fakten auf dem Tisch. Die Geschäftsführung und die Arbeitnehmer von Air Berlin haben diese klaren Fakten geschaffen.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Bitte, Herr Kollege.

**Dr. Hans Reichhart (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Roos, Sie haben leider meine anderen Fragen nicht beantwortet. Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind am Standort Bayern betroffen? Welche Qualifikation haben diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter? Wie viel Vermögen steht zur Verfügung? Schließlich muss ein Eigenvermögen der Gesellschaft Air Berlin investiert werden, um überhaupt eine Transfergesellschaft gründen zu können. Welche sonstigen Rahmenbedingungen liegen vor?

Bei diesem Thema sind viel zu viele Fragen offen, um eine Antwort geben zu können. Wir werden diesen Dringlichkeitsantrag ablehnen, da keine Tatsachengrundlage vorhanden ist, auf der wir entscheiden könnten.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat Frau Kollegin Schmidt das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER):** Werte Frau Präsidentin, wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Roos, Sie fordern zum jetzigen Zeitpunkt, dass der Freistaat Bayern beim Bund auf die Gründung einer Transfergesellschaft hinwirken soll. Mehr Möglichkeiten haben wir hier nicht. Ich sage Ihnen: Für eine solche Forderung ist jetzt die falsche Zeit, und der Bayerische Landtag ist dafür der falsche Ort.

Bei Ihrer Begründung haben Sie gerade die Technikabteilung genannt. Dort waren 250 Menschen beschäftigt. Inzwischen sind es noch 223 Leute, die anderen haben sich in den letzten Tagen selbst eine neue Stelle gesucht. In diesem Arbeitsbereich liegt die Arbeitslosigkeit gerade einmal bei 1,8 %. Die Ausschreibung für die technische Abteilung, die hauptsächlich in Bayern angesiedelt ist, wird erst in 14 Tagen auslaufen. Hier gab es noch einmal eine Fristverlängerung. Herr Kollege Roos, wir wissen nicht, ob diese Leute übernommen werden. Wir wissen auch nicht, wer den Technik-Sektor kaufen wird. Er ist heute nicht mit weggegangen.

Heute ist sicher der falsche Zeitpunkt, und hier ist der falsche Ort; denn Sie haben es wohl auf Bundesebene lange kommen sehen. Das Problem kam nicht überraschend. Der Zeitpunkt war möglicherweise nicht berechenbar; aber man wusste, dass es bei Air Berlin Probleme gibt. Wenn deren Mitarbeiter wirklich keinen neuen Arbeitsplatz finden, kann man über Landesprogramme reden; denn wir haben gute Programme. Bei anderen großen Firmen waren wir mit der Forderung nach Errichtung einer Transfergesellschaft nicht so schnell. Ich erinnere zum Beispiel an die anschließend übernommene Firma Metz, bei der auch viele Arbeitnehmer auf der Straße standen.

(Bernhard Roos (SPD): Deshalb kommt der Antrag jetzt!)

– Herr Roos, ich sehe, dass Sie dazugelernt haben. Wenn, dann ist das Sache Berlins. Dann darf man es aber in Berlin der Regierungspartei nicht verwehren, hier etwas ändern zu wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Mütze das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Mütze.

**Thomas Mütze (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Bernhard Roos, ich achte dich, und ich achte auch Ver.di. Du hast neben

der Industriepolitik sehr viele Themen angesprochen, etwa: Wie werden sich jetzt die Preise und das Fliegen entwickeln? – Ich weiß es nicht. Euer Antrag hatte eigentlich ein anderes Thema, nämlich die Bildung einer Transfergesellschaft für die Beschäftigten von Air Berlin. Ich weiß nicht, ob ihr euch da verrannt habt. Wir hätten viel zu tun, wenn wir über jede Firma mit 250 Arbeitsplätzen in Bayern, in den Regionen München, Freising oder wo auch immer, die in die Insolvenz geht, im Landtag debattieren wollten. Ich hoffe, es sind nicht so viele Firmen. Lieber Bernhard, ich bezweifle, dass dies der richtige Weg ist.

Air Berlin ist eine Firma mit insgesamt 8.500 Mitarbeitern, die, wie du es eben geschildert hast, eine Transfergesellschaft bilden wollen. Aber zur Gründung einer solchen brauchen wir Finanzmittel. Ich habe in eurem Dringlichkeitsantrag keine Forderung nach Investitionen des Freistaats in die Transfergesellschaft gelesen. Oder habe ich etwas falsch verstanden?

(Bernhard Roos (SPD): Nur unterstützen!)

– Gegen eine Unterstützung sagt niemand etwas. Aber 223 hoch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – auf diese hohe Qualifizierung legt ihr selber Wert – werden in einer Region mit niedrigster Arbeitslosigkeit sicher schnell einen Job finden, eben weil sie so hoch qualifiziert sind. Die Mitarbeiter von Air Berlin gelten am Markt als motiviert und gut ausgebildet. Es gibt eine große Nachfrage nach qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Daher halten wir diesen Antrag aktuell für nicht notwendig und können ihn nicht unterstützen. Wir haben in diesem Haus schon öfter über Firmen diskutiert, die in die Insolvenz gingen. Die Kollegin Gabi Schmidt hat bereits darauf hingewiesen. Wir haben auch über die Schlecker-Frauen, also über eine ganz andere Geschichte mit über 25.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, gesprochen. Auch da konnte sich der Landtag nicht mit Mehrheit für ein Eingreifen entscheiden.

Ich bitte euch, auch zu bedenken, dass der Bund bereits tätig geworden ist und Air Berlin auch im Interesse der Beschäftigten 150 Millionen Euro Überbrückungskredit

überwiesen hat, um sie am Leben zu halten. Da ist genug getan worden. Wir sehen keine Notwendigkeit, noch stärker einzusteigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Müller um das Wort gebeten. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

**Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle beobachten nicht ohne Sorge die Entwicklung im laufenden Insolvenzverfahren von Air Berlin. Von der Insolvenz ist auch die Air Berlin Technik betroffen. Sie beschäftigt am Standort München circa 240 Mitarbeiter. Bei der Air Berlin Technik läuft das Bieterverfahren noch bis zum 22. Oktober 2017. Das wissen auch Sie, Herr Roos.

Die Forderung der SPD, die Bayerische Staatsregierung solle die Bildung einer Transfergesellschaft für die Mitarbeiter von Air Berlin unterstützen, geht daher zum jetzigen Zeitpunkt ins Leere – das haben meine Vorredner bereits gesagt –; denn über den Verkauf der Sparte Air Berlin Technik ist noch keine Entscheidung gefallen. Es gibt eine Bietergemeinschaft und Interessenten. Aber eine Entscheidung liegt noch nicht vor.

Das für die Sparte Air Berlin Technik getrennt von Air Berlin laufende Bieterverfahren dauert also wie gesagt noch an. Deshalb ist es heute völlig verfrüht, über einen konkreten Unterstützungsbedarf zu sprechen. Es steht nicht fest, ob, wie viele und welche Beschäftigten der Techniksparte am Standort München überhaupt betroffen sein werden. Die Bildung einer Transfergesellschaft ist schon allein deshalb gegenwärtig ein rein theoretisches Szenario. Die Frage einer Unterstützung der Staatsregierung für eine Transfergesellschaft stellt sich derzeit nicht.

Selbstverständlich ist sich die Staatsregierung durchaus bewusst, dass sich die betroffenen Beschäftigten derzeit in einer großen Unsicherheit befinden. Das kann ich nach-

vollziehen. Die Beschäftigten überlegen, wie und wo es für sie beruflich weitergehen soll. Wir lassen aber die Betroffenen mit ihren Sorgen nicht allein. Das möchte ich hier ganz klar zum Ausdruck bringen. Deshalb sind wir frühzeitig tätig geworden. Unter anderem stehen wir in engem Austausch mit der Regionaldirektion Bayern sowie mit der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. Außerdem sind wir für alle etwaigen Fragen, die sich daraus ergeben, gesprächsbereit.

Ich möchte aber auch betonen, dass wir Air Berlin und ihre Techniksparte nicht aus ihrer unternehmerischen Verantwortung entlassen dürfen. Sollte es zum Verlust von Arbeitsplätzen kommen, ist in erster Linie das betroffene Unternehmen dafür verantwortlich, für die betroffenen Beschäftigten einen Sozialplan zu entwickeln und gegebenenfalls eine Transfergesellschaft zu bilden. Das ist die Air Berlin mit Sitz in Berlin. Sofern andere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen erforderlich sind, werden wir diese natürlich ergreifen.

Ich schlage daher vor, zunächst einmal den Ausgang des Bieterverfahrens abzuwarten und nicht schon im Vorhinein Angst und Panik zu schüren. Angesichts der guten Arbeitsmarktlage in Bayern, die vorhin von Herrn Mütze angesprochen worden ist, besteht hierzu überhaupt kein Grund. Wir reden von 240 hoch qualifizierten Fachkräften im Raum München, wo Fachkräfte gefragt sind. Hierbei geht es um Ingenieure, Flugzeugtechniker und Ähnliches mehr. Die Mitarbeiter von Air Berlin am Standort München können sich der Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung jederzeit sicher sein. Auch mir geht es darum, dass in Zukunft wieder alle Mitarbeiter einen Arbeitsplatz haben und gut untergebracht sind. Unsere Arbeitsmarktsituation in Bayern gibt das auch her. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/18463 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuseigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Herr Kollege Alexander Muthmann (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.